

„Positive Effekte deutlich zu erkennen“

INTERVIEW: Die Speyerer Verwaltungswissenschaftlerin Rahel Schomaker zu Lehren aus der Flüchtlingskrise in Zeiten des Coronavirus

Vor fünf Jahren stellte die Ankunft Hunderttausender Flüchtlinge viele Ämter und Behörden in Deutschland vor große Belastungen. Ralf Joas sprach mit Rahel Schomaker von der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer darüber, wie Ämter und Behörden in Zeiten der Corona-Krise von den damals gemachten Erfahrungen profitieren können.

Verwaltungen, aber auch dadurch, dass Dinge dokumentiert wurden und aus dem Dokumentierten gelernt wurde.

Was hat sich seit 2015 konkret verändert, verbessert?

Die Verwaltungen sind offener für neue Lösungsansätze geworden. Sie sind flexibler geworden, beispielsweise beim Personalaustausch zwischen verschiedenen Ämtern. Und häufig sagen uns auch einzelne Mitarbeiter, dass sie flexibler, innovativer geworden seien, weil sie Dinge aus-

probieren und gelernt haben. Da gab es in der Flüchtlingskrise viel Bewegung, die jetzt hilft und die die Verwaltung auch dauerhaft verändern wird, was dem gängigen Bild von der langsam, tragen Verwaltung widerspricht.

Können die Ämter und Behörden von den Erfahrungen der damaligen Krise profitieren? Auf jeden Fall. Zum einen, weil man damals manches umorganisiert hat, beispielsweise wurde, wie erwähnt, Personal flexibler eingesetzt. Darauf

Frau Schomaker, während der Flüchtlingskrise vor fünf Jahren war viel von einer Überforderung der kommunalen Verwaltungen die Rede. Droht jetzt eine ähnliche Lage?

Dazu zwei Anmerkungen: Zum einen lässt sich, im Gegensatz zur von Ihnen geschilderten Wahrnehmung, im Nachhinein nicht feststellen, dass die Verwaltungen damals durchgängig überfordert waren. Vielmehr war das Gegenteil zu beobachten: Die Verwaltungen waren leistungs- und innovationsfähiger, als es in der Öffentlichkeit den Anschein hatte. Zum anderen ist richtig, dass Behörden und Ämter derzeit punktuell stark ausgelastet, gar überfordert sind. Von einer generellen Überforderung kann man aber nicht sprechen.

Waren die Verwaltungen bereits vor der Flüchtlingskrise gut aufgestellt, oder hat sich das im Laufe der Krise entwickelt?

Sicherlich beides. In der Rückschau sagen 70 Prozent der Kommunen, die damalige Aufgabe sei außerst effektiv gemeistert geworden. Fast 80 Prozent sagen, gerade in der Krise sei die Leistungsfähigkeit besonders deutlich gezeigt worden. Aber das ist auch durch Lernprozesse im Laufe der Krisenbewältigung geschehen. Zum Beispiel durch den Auf- und Ausbau von Netzwerken mit Ehrenamtlichen und mit anderen

nachhaltige positive Effekte deutlich zu erkennen.

Welche Vorteile hat der Bürger von den beschriebenen Veränderungen? Grundsätzlich sehen wir, dass in der derzeitigen Krise die Bürger sehr stark kooperieren. Das wird uns auf den Behörden und Ämtern zurückgemeldet. Manches wird sich erst auf längere Sicht bemerkbar machen, beispielsweise die Umstellung auf digitale Services.

Ähnlich wie in der Flüchtlingskrise befinden sich derzeit wieder viele ehrenamtliche Initiativen. Gibt es da Anknüpfungsmöglichkeiten zwischen Ehrenamtlichen und Verwaltung? Auf jeden Fall. In der Flüchtlingskrise hatte die Ehrenamtlichkeit ein in Deutschland bis dahin nicht gekanntes Ausmaß erreicht. Viele, die sich damals engagierten, tun das jetzt wieder. Deshalb kann in vielen Fällen nun auf gewachsene Strukturen zurückgegriffen werden. Es bestehen schon Kontakt- und Kommunikationskanäle zur Verwaltung, die jetzt reaktiviert werden. Zudem treffen die Ehrenamtlichen in den Ämtern auf geschulte Ansprechpartner.

Wo sehen Sie Ansatzpunkte für weitere Verbesserungen?

Im Moment geht es vor allem darum, auch für die Mitarbeiter in Behörden und Ämtern Schutzausrüstung bereitzustellen und notwendige finanzielle Mittel freizugeben. Grundsätzlich stellt sich die Frage der Kompetenzen. Dazu gehört heute unabdingbar digitale Kompetenz, sowohl was die technische Ausstattung als auch was die Schulung der Mitarbeiter betrifft. Geschult werden muss auch der Umgang mit Krisen, solche Fähigkeiten müssen trainiert werden. | INTERVIEW: RIS



ZUR PERSON

Rahel Schomaker

Die Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer führt seit 2018 und bis 2022 das sogenannte Fugatus-Projekt durch. Dabei wird untersucht, wie die Arbeit im Bereich Flucht und Migration in der öffentlichen Verwaltung der Kommunen organisiert ist. Untersucht wird auch, welche Netzwerke sowie Kooperationen entstanden sind, auch im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft sowie zwischen unterschiedlichen Verwaltungseinheiten. Professorin Rahel M. Schomaker gehört dem Fugatus-Projekteam an. Sie ist habilitierte Verwaltungswissenschaftlerin und Volkswirtin und außerplanmäßige Professorin an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften in Speyer sowie Professorin an der CUAS, Österreich. Ihr privat/frei



Das Organisieren von Deutschkursen war nur eine von zahlreichen Aufgaben, vor denen Ämter und Behörden während der Flüchtlingskrise standen.

FOTO: IMAGO IMAGES/EPP